

Antrag G 14

Landesverband Sachsen

Vorsorgeuntersuchungen für Kinder „U7a, U10, U11 und J2“ sollen Pflichtuntersuchungen werden

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die bisher freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder U7a, U10, U11 und J2 zur Pflichtuntersuchung werden.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag G 17

Landesverband Bayern

Seniorengerechtes Bauen

Die SPD fordert Bund und Länder auf, für den Wohnungsbau für alle Wohnungen eine seniorengerechte Bauweise verbindlich vorzuschreiben. Hierzu zählen insbesondere Vorgaben für Barrierefreiheit, rollstuhlgerechte Türbreiten und Sanitäreinrichtungen sowie der Einbau von Personenaufzügen ab einer Geschosshöhe von E + 2 (3 Stockwerke). Die sozialdemokratischen Amts- und Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene werden aufgefordert, schnellstmöglich entsprechende Initiativen zu ergreifen.

(Angenommen)

Initiativantrag 9

Nährwertkennzeichnungspflicht - ein Mittel zur Prävention von Fehlernährung

Ungefähr 37 Millionen Erwachsene und 2 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind übergewichtig oder adipös. Jedes zweite stark übergewichtige Kind leidet bereits unter einer Folgeerkrankung wie Bluthochdruck, Gefäßerkrankungen, Vorstufen des Diabetes oder orthopädischen Erkrankungen. Damit aus den übergewichtigen Kindern von heute nicht die Frührentner von morgen werden, müssen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Eine gesunde Lebensweise mit ausgewogener Ernährung und ausreichender Bewegung kann dem entgegenwirken.

Der Bundesparteitag begrüßt, dass die Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan zur

Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten vorlegen will. Teil des Aktionsplans soll eine Nährwertkennzeichnung sein. Die von Bundesminister Seehofer auf der Ernährungsmesse anuga am 16. Oktober 2007 vorgestellten Eckpunkte für einen Leitfaden für erweiterte Nährwertinformationen genügen aber nicht unseren Anforderungen.

Der Bundesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf,

1) sich einzusetzen für eine Nährwertkennzeichnung, die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern her gedacht und in enger Zusammenarbeit mit den Verbraucherorganisationen entwickelt wird.

- Die Nährwertkennzeichnung muss für alle Lebensmittel und alle Hersteller gelten, d.h. sie muss verpflichtend sein.
- Sie muss einheitlich sein und die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, verschiedene Produkte schnell und einfach vergleichen zu können.
- Sie muss leicht erkennbar und verständlich sein.
- Sie muss auf anerkannten wissenschaftlichen Nährwertempfehlungen, wie denen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung oder der Weltgesundheitsorganisation, basieren.

1a) sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung im Rahmen der aktuellen Diskussionen auf EU-Ebene dafür eintritt, eine solche Nährwertkennzeichnung EU-weit gesetzlich vorzuschreiben.

2) sich dafür einzusetzen, dass weitere wichtige Empfehlungen der EU-Kommission zur Prävention von Fehlernährung, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten in den Nationalen Aktionsplan einfließen: Die EU-Kommission sieht alle Beteiligten in der Verantwortung – auch die Wirtschaft. An sie richten sich wichtige Forderungen wie neue, ernährungsphysiologisch ausgewogene Produktzusammensetzungen, der Verzicht auf an Kindern ausgerichteter Werbung für Süßigkeiten und sog. „Kinderlebensmittel“, der Verzicht auf Glutamat oder hinter der Bezeichnung „Hefeextrakt“ versteckte Geschmacksverstärker und auf XXL-Portionen.

(Angenommen)

**Parteitag der SPD
in Hamburg**

26. bis 28. Oktober 2007

Beschlüsse